

KURZ UND PRÄGNANT

Mieterstrommodelle für die Energiewende

Mit der Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetz sollen künftig Hauseigentümer selbst erzeugten Strom, z. B. von Solaranlagen, günstig nutzen können. Dafür ist ein Zuschuss vorgesehen. Der Strom muss nicht zwingend in das öffentliche Netz eingespeist werden, sondern kann den Mietern angeboten werden. Diese erhalten auch das Wahlrecht, ob sie diesen Strom oder den von anderen Anbietern beziehen möchten. Dies ist ein Fortschritt gegenüber bisherigen Regelungen, die zwingend die Einspeisung ins öffentliche Netz vorgeschrieben hatten.

Trotzdem sind nach Überzeugung der rot-rot-grünen Koalition weitere Nachbesserungen auf Bundesebene notwendig, z. B., weil Mieter immer noch nicht mit Erzeugern von Eigenstrom in Einfamilienhäusern gleichgestellt werden. Mieter werden nach wie vor mit umgelegten Netzentgelten belastet.

Dazu hatten die Koalitionsfraktionen zur letzten Landtagssitzung einen Antrag vorgelegt. Umweltministerin Anja Siegesmund hatte betont: „Wir wollen den Erfolg der Energiewende dadurch fördern, dass möglichst viele Menschen einbezogen werden und damit auch profitieren können.“ ■

Unterstützung für die Ferienfreizeit im Waldschulheim

Sabine Berninger hat Kindern des St. Elisabeth-Vereins e.V. zum Abschluss ihrer Ferienfreizeit im Waldschulheim Bergern bei Bad Berka einen Scheck der Alternative 54 e.V. überreicht. „Wir unterstützen die Ferienfreizeit, weil sie unbeschwerte Urlaubstage Kindern ermöglicht, für die die Teilnahme an öffentlichen Ferienangeboten schwierig oder sogar unmöglich ist“, sagte die Landtagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, die ihr Wahlkreisbüro in Bad Berka hat.

Es sind Kinder mit psychischen, emotionalen oder ursächlich traumatischen Störungen oder mit geistigen Behinderungen, die über den St. Elisabeth-Verein in familienintegrativen Settings betreut werden. Das heißt, dass professionelle Erzieherinnen und Erzieher, Heilpädagogen sowie Sozialpädagogen jeweils bis zu zwei Kinder oder Jugendliche in ihrem Haushalt bzw. ihrer Familie aufgenommen haben. 18 Kinder und Jugendliche zwischen 4 und 14 Jahren nahmen in diesem Jahr an der Ferienfreizeit im Waldschulheim Bergern teil, zwei erlebnisreiche Wochen gingen am 14. Juli für die Kinder zu Ende.

„Diese Kids benötigen eine besondere sozialpädagogische Betreuung mit in der Regel einem Betreuungsschlüssel von einer pädagogischen Fachkraft auf drei Kinder, der in öffentlichen Freizeiten undenkbar ist. Dass der St. Elisabeth-Verein mit seinen inklusiven, ko-

edukativen Ferienangeboten „seinen“ Kindern und Jugendlichen bereits seit Jahren unbeschwerte Ferien ermöglicht, finden wir sehr unterstützenswert. Das ist ganz im Sinne der Alternative 54 e.V.“, freut sich Sabine Berninger, die selbst ausgebildete Erzieherin und Dipl. Sozialpädagogin ist.

Verfassungsklage scheiterte. Seit dem unterstützt der Verein gemeinnützige, soziale Projekte. Die Zuwendung für den St. Elisabeth-e.V. ist die 3.230. (dreitausendzweihundertdreißigste) seit Gründung der Alternative 54 e.V. Insgesamt 1,2 Millionen Euro wurden für soziale und gemeinnützige Projekte



Die Alternative 54 e.V. wurde 1995 von Mitgliedern der damaligen PDS-Landtagsfraktion gegründet, nachdem der Protest gegen die in Artikel 54 der Thüringer Verfassung geregelten automatischen Diätenerhöhungen der Abgeordneten erfolglos war und auch eine

bereits zur Verfügung gestellt. In der Alternative 54 e.V. engagieren sich aktuelle und ehemalige Mitglieder der Landtagsfraktion, auch Bodo Ramelow ist als ehemaliger Fraktionär nach wie vor Vereinsmitglied und Spender für den guten Zweck. ■

„Mehr Debatte um bedingungsloses Grundeinkommen“ von MdL Ina Leukefeld

In der Thüringer LINKEN wird die Diskussion über die Vor- und Nachteile eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) schon lange geführt. Im Vordergrund steht die Frage, wie Menschen in Zukunft über ein sicheres Grundeinkommen vor Armut bewahrt werden und gleichzeitig ihre Entscheidungsfreiheit über den Umfang und die Art der Arbeit gestärkt wird.

Nicht mehr jede Arbeit annehmen zu müssen und die Angst vor Arbeitslosigkeit, sozialem Abstieg und Hartz IV zu bändigen, wäre ein wichtiger emanzipatorischer Schritt. Dabei ist sich DIE LINKE noch immer nicht einig, wie sie es letztlich mit dem BGE halten will. Schließlich gibt es mehr als 20 Modelle, und wir wollen natürlich kein neoliberales Bürgergeld, womöglich noch nach „Kassenlage“.

Ich habe mich jetzt als Sprecherin für Arbeitsmarktpolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag öffentlich geäußert, weil ich die Feststellung im Koalitionsvertrag von CDU, Grünen und SPD in Schleswig-Holstein zur Entwicklung eines Modellversuches zum Grundeinkommen für interessant und bemerkenswert halte. Deshalb möchte ich anregen, die Ideen in der Herangehensweise zwischen unseren Bundesländern auszutauschen. Ich finde es

gut, dass der Koalitionsvertrag in Schleswig-Holstein die Schaffung eines Zukunftslabors vorsieht, das Modelle zur Einführung eines Grundeinkommens entwickeln soll. Das könnte ich mir gerade auch unter Rot-Rot-Grün in Thüringen sehr gut vorstellen. Schließlich wollen wir die Diskussion nicht nur den Liberal-Konservativen überlassen. Deshalb ist es notwendig, einen inhaltlichen Abgleich der Vorstellungen von einem bedingungslosen Grundeinkommen vorzunehmen.

Es hagelte gleich nach der Veröffentlichung meiner Pressemitteilung Kritik. So schrieb mir mein Freund und Kollege Sandro Witt, stellvertretender Vorsitzender DGB Bezirk Hessen-Thüringen, in Facebook: „Abschaffung der erkämpften sozialen Sicherungssysteme zugunsten eines alimentierten Abstellgleises im Kapitalismus?! Nicht despektierlich gemeint, aber ich halte das für eine sehr schlechte Idee. Was wir brauchen ist eine andere Form der Umverteilung und eine Stärkung der sozialen Sicherungssysteme. Das Grundeinkommen manifestiert die kapitalistische Produktionsweise.“

Also mir ist wichtig zu betonen, dass wir als LINKE natürlich Bestandsgarantien, Stärkung und Umbau der gesetzlichen Sozialversicherungssysteme und keinen Abbau wollen. Bürgerversiche-

rung und Erwerbstätigenversicherung stehen im Bundestagswahlprogramm als wichtige Ziele. Wer glaubt, sich mit einem Grundeinkommen aus der Sozialstaatsverantwortung zurückziehen zu können, der ist auf dem Holzweg. Da müssen wir sehr aufpassen.

Deshalb habe ich angeregt, in der nächsten Zeit eine Zukunftswerkstatt in Thüringen zu etablieren, um ernsthaft mit Experten und allen Interessierten zu diskutieren, die ersten Ergebnisse in Finnland zu analysieren und mögliche weitere Schritte zu beraten. Dazu könnte auch eine Bundesratsinitiative gehören, denn wir brauchen letztlich eine bundespolitische Debatte zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme. Dies käme der Forderung der LINKEN nahe, die sich in ihrem Wahlprogramm für die Einsetzung einer Enquete-Kommission zum Grundeinkommen im Bundestag stark macht.

Diese gesellschaftliche Debatte ist angesichts der sich mit der digitalen Revolution vollziehenden grundlegenden Veränderungen notwendig. Wirtschaft 4.0 ist in aller Munde. Immer öfter übernehmen Roboter menschliche Arbeit und es besteht die berechtigte Sorge, dass immer weniger Menschen eine bezahlte Erwerbsarbeit haben. Als Arbeits- und Sozialpolitikerin sehe ich mit Sorge, wie sich die Schere zwi-

schen hochqualifizierten und flexibel einsetzbaren Kernbelegschaften bei gleichzeitiger „Produktion“ und Ausgrenzung von „Überflüssigen“ vollzieht. Es ist zu befürchten, dass wir eine starke Polarisierung in der Arbeitswelt erleben werden und dass dabei nicht nur Tätigkeiten mit geringer Qualifikation bedroht sind. Es besteht schon heute die Gefahr, dass wir ein digitales Prekariat bekommen. Denken wir an Scheinselbstständige, an Click- und Crowdworker. Unter diesen Bedingungen die Teilhabe aller an der Erarbeitung und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu sichern und Armut zu verhindern, ist wesentliche Grundfrage aktueller linker Politik.

Gleichzeitig werden mit dem bedingungslosen Grundeinkommen auch Hausarbeit, Erziehung von Kindern und Betreuung von alten Menschen gewürdigt. Wenn Menschen mit ihrer Arbeit selbstbestimmt umgehen können, bedeutet das auch ein Mehr an gesellschaftlicher Teilhabe und damit eine Festigung von Demokratie. Das bedingungslose Grundeinkommen kann eine gute Grundlage sein.

Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass DIE LINKE öffentlich wahrnehmbar ein wichtiges Wort mitredet. Dieses Thema dürfen wir uns nicht aus der Hand nehmen lassen. ■